Volkswagen-Chef Winterkorn, Mitarbeiter im Wolfsburger Werk

Autoindustrie

VW stoppt Polo-Modell

Martin Winterkorn, Vorstandschef des VW-Konzerns, macht ernst mit dem Sparen. Die Kosten bei der Marke Volkswagen sollen um fünf Milliarden Euro gesenkt werden. Deshalb erhalten Modelle, die nur in geringen Stückzahlen verkauft werden, keine Nachfolger. Vom nächsten Polo wird es nur noch eine Variante mit vier Türen geben, der Zweitürer wird gestrichen. Gar keinen Nachfolger erhalten der Eos und möglicherweise auch der Beetle. Allein mit dem Verzicht auf eine Polo-Variante spart VW 200 Millionen Euro. Betriebsratschef Bernd Osterloh sieht noch deutlich mehr Sparmöglichkeiten. Der Vorstand sollte darauf verzichten, kurz vor der Einführung neuer Modelle noch Änderungen vorzunehmen. VW müsse dann neue Werkzeuge bestellen, der Produktionsstart verschiebe sich, das Vorgängermodell bleibe länger auf dem Markt und sei nur mit Rabatten verkäuflich. VW-Entwicklungschef Hans-Jakob Neusser sorge „da aktuell für mehr Disziplin bei VW“, sagt Osterloh, „wenn wir das in allen Marken einhalten, dann liegt da ein Wahnsinns-Einsparungspotenzial“. haw

Internet

Rückschlag für Samwer-Start-up

Der Berliner Onlinelieferdienst Bonativo vertreibt Bio-Lebensmittel ohne eine dafür gesetzlich nötige Bio-Zertifizierung. Geschäftsführer Christian Eggert räumte ein, bisher lediglich in Kontakt mit Kontrollfirmen zu sein, um den „Prozess der Zertifizierung“ zu beginnen. Dabei hätte das Unternehmen die Bio-Zulassung für den Verkauf bereits bei seinem Start im Januar gebraucht. Vor Kurzem hatte das Oberlandesgericht Frankfurt die Zertifizierungspflicht für den Onlinehandel in einem Urteil bestätigt. Hinter Bonativo steht Rocket Internet, die Beteiligungsgesellschaft der Samwer-Brüder. Für einen Anteil von knapp 14 Prozent zahlte Tengelmann kürzlich 3,2 Millionen Euro. Der kleine Bringdienst wäre demnach fast 23 Millionen Euro wert. nkl

Eggert

Handelsabkommen

Parlament ignoriert

Um einen Streit wie den um das Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP) zu vermeiden, will die Bundesregierung ein Wirtschaftsabkommen zwischen der EU und Westafrika offenbar ohne Zustimmung des Bundestags ratifizieren. Als „ein falsches politisches Signal und auch verfassungsrechtlich bedenklich“ kritisiert das der Bundestagsabgeordnete Uwe Kekeritz (Grüne) in einem Brief an Bundestagspräsident Norbert Lammert. Der entwicklungspolitische Sprecher fordert Lammert auf, die Rechte des Parlaments in diesem Punkt zu stärken. Die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestags kommen zu dem Schluss, dass es letztlich starke Gründe gibt, den Bundestag zu beteiligen. Das zuständige Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung lehnt die Beteiligung des Parlaments ab. Kekeritz hält das für politische Durchmogelei: „Ich halte das für feige – die Große Koalition will sich damit nur vor einer weiteren kritischen Debatte über ein Handelsabkommen drücken.“ one

FOTOS: WOLFGANG WILDE FÜR MANAGER MAGAZIN (O. L.); MAX THRELFALL / BONATIVO (U. L.); OLIVER KRATO / DPA (R.)